

Erklärung des Vorstandes der ISOR e, V. zum Terroranschlag in Halle am 9. Oktober 2019

Mit dem gescheiterten Versuch eines Massakers an Mitgliedern der jüdischen Gemeinde in Halle hat der faschistische Terror in Deutschland, der seit 1990 196 Todesopfer forderte, einen neuen Höhepunkt erreicht. Der geständige Täter, der dabei zwei Menschen getötet und weitere z.T. schwer verletzt hat, nur weil diese ihm zufällig im Weg standen, wollte offensichtlich den von faschistischer Ideologie verblendeten Massenmördern von Norwegen, Neuseeland und Texas nacheifern und sich im Internet dafür feiern lassen. Sein Hass galt „Nicht-Weißen“, vorzugsweise Juden, die er für den „großen Austausch“ (in AfD-Terminologie: „Umvolkung“) verantwortlich macht.

Ob er diese Tat allein vorbereitet und durchgeführt hat, werden die weiteren Ermittlungen zeigen. Unbestritten ist aber, dass der Vormarsch rechtsextremer Ideologien in Deutschland und Europa mit diesem Terroranschlag in engem Zusammenhang steht. Hass und Hetze gegen andere Völker und politisch Andersdenkende, Verharmlosung und selbst Verherrlichung faschistischer Verbrechen und Traditionen finden zunehmend Verbreitung, werden geduldet und politisch instrumentalisiert.

Die ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR können stolz darauf sein, dass sie solche Entwicklungen in der DDR nicht zugelassen und die DDR-Bevölkerung zuverlässig vor Terroranschlägen geschützt haben. Sie alle vereinen zutiefst antifaschistische Überzeugungen. Antisemitismus oder Rassismus waren und sind ihnen ebenso fremd wie Völkerhass und nationalistische Überheblichkeit.

Mit Respekt und Sympathie stehen wir an der Seite unserer jüdischen Mitbürger. Große Dankbarkeit empfinden wir gegenüber der jüdischen Anwaltskanzlei Bleiberg & Schippert und dem unvergessenen Prof. Axel Azzola, die 1990 mit uns den Kampf gegen das Rentenstrafrecht aufgenommen haben. Der Vorsitzende der ISOR, Horst Parton, hat in unser aller Namen gesprochen, als er unmittelbar nach dem Anschlag Rechtsanwalt Benno Bleiberg unsere Betroffenheit und unsere uneingeschränkte Solidarität übermittelt hat.

Berlin, 11. Oktober 2019